

marxistisch-leninistischen Qualifizierung nehmen nahezu alle Lehrer teil. Zugleich achten die Parteiorganisationen an den Schulen in der politisch-ideologischen Arbeit auch darauf, daß auf aktuelle Erfordernisse schnell und klassenmäßig reagiert wird. Für die Schule als eine ideologische Institution ist die Antwort auf die vielen Fragen der Kinder und Jugendlichen jederzeit von großer Bedeutung.

Gestützt auf die vorhandenen Erfahrungen

Die Parteiorganisationen haben ihre Erfahrungen, was dabei zu tun ist und sich bewährt. Die Genossen und Kollegen Lehrer müssen schnell mit Informationen ausgerüstet werden. In Meinungs- und Gedankenaustauschen werden selbständig und offensiv Argumente erarbeitet. Die Mitgliederversammlung ist und bleibt das entscheidende Forum, in dem die Genossen Kampfpositionen für die Verwirklichung der Parteibeschlüsse festigen und entwickeln. Es geht ihnen vor allem darum, in schöpferischer Wahrnehmung ihrer persönlichen Verantwortung die Jugend zu Klassenbewußtsein, staatsbürgerlicher Haltung und sozialistischer Moral zu erziehen.

Große Anforderungen an die politisch-ideologische Arbeit der Schulparteiorganisationen erwachsen aus der gefährlichen Zuspitzung der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Die Schulparteiorganisationen richten in diesem Zusammenhang ihr Augenmerk auf zweierlei: Zum einen konzentrieren sie sich darauf, durch die Aufdeckung des Wesens des Imperialismus dessen Aggressivität und Menschenfeindlichkeit aufzuzeigen. Zum anderen weisen sie nach und belegen dies theoretisch und praktisch, daß sich aus den Macht- und Produktionsverhältnissen des Sozialismus gesetzmäßig Frieden und Friedenspolitik ergeben.

Gewichtige Dokumente für die Diskussion

Für die Diskussion und Argumentation zur Friedensgefährdung durch den Imperialismus einerseits und zur Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft andererseits können die Schulparteiorganisationen auf gewichtige und fundierte Dokumente zurückgreifen. Sie stützen sich auf die Prager Politische Deklaration, in der der Vorschlag unterbreitet ist, zwischen Warschauer Pakt und NATO einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung abzuschließen.

Sie haben die „Erklärung der sowjetischen Regierung“ vom 28. Mai 1983 in der Hand, in der noch einmal wesentlich und zugleich eindringlich auf die von den USA und den anderen NATO-Staaten betriebene Konfrontations- und Hochrüstungspolitik, auf die mit der geplanten Raketenstationierung in Westeuropa wachsende Kriegsgefahr verwiesen, aber auch mit aller Entschiedenheit erklärt wird: „Wenn eine Vereinbarung über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa, die die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in diesem Gebiet ausschließt, verhindert wird und dadurch eine zusätzliche Gefahr für die Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten entsteht, dann wird die Sowjetunion auch auf diesem Gebiet rechtzeitig effektive Gegenmaßnahmen ergreifen.“

Die Genossen an den Schulen beziehen in die politisch-ideologische Arbeit immer die Rede des Genossen Erich Honecker vom 18. Februar dieses Jahres ein. Sie argumentieren dabei mit der Feststellung des Generalsekretärs des Zentralkomitees, daß heute die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in der Lage sind, „zwei Aufgaben von strategischer Bedeutung gleichzeitig zu lösen. Es handelt sich dabei um die volle Erschließung aller Möglichkeiten des Sozialismus zum Wohle der Menschen und die Schaf-